

B e s c h l u s s a n t r a g der FPÖ - Gemeinderäte Maximilian Krauss und Ing. Udo Guggenbichler, MSc betreffend „Aufhebung des Wiener Valorisierungsgesetzes“, eingebracht in der Gemeinderatssitzung auf Verlangen am 22.04.2021 zum Thema „Corona Wiederaufbauplan - zu einem leistbaren Wien und Vollbeschäftigung!“

---

Das Coronavirus hat nicht nur eine weltweite Pandemie ausgelöst, sondern auch eine weltweite Wirtschaftskrise. Nun braucht es Entlastungsmaßnahmen für die Wienerinnen und Wiener. Ein Ansatzpunkt wäre dabei die Aufhebung des Wiener Valorisierungsgesetzes, das auch vom Rechnungshof kritisiert wurde. Dieser stellte im Jahr 2010 fest, dass Wien in den Jahren 2005 bis 2007 „Überschüsse aus den Gebührenhaushalten Kanal, Wasser und Abfall in Höhe von rd. 390 Mio. EUR“ erzielte. Diese Überschüsse wurden jedoch „nicht zweckgebundenen Rücklagen für zukünftige Investitionen“ zugeführt, sondern für den allgemeinen Haushalt verwendet. Zudem stellte der Rechnungshof fest, dass für die Festlegung der Gebühren keine schlüssigen Kostenkalkulationen vorlagen. Anstatt die Gebühren für Wasser, Abwasser und Müll nach den Gemeinderatswahlen neuerlich anzuheben und damit auch die Wohnkosten jedes Einzelnen zu erhöhen, soll das Valorisierungsgesetz ersatzlos gestrichen werden. Dies wäre ein wichtiger Schritt, um Wien aus der Coronakrise herauszuführen, gleichermaßen die Bürgerinnen und Bürger wie auch die Unternehmen zu entlasten und Wien als Wirtschafts- bzw. als Beschäftigungsstandort nachhaltig zu stärken.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien nachfolgenden

### B e s c h l u s s a n t r a g

Der Wiener Gemeinderat spricht sich mit Nachdruck für eine Abschaffung des Wiener Valorisierungsgesetzes aus.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung dieses Antrages beantragt.